

5. Zeitgeschichtliche Sommernacht der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dienstag, 2. September 2008, 19 Uhr

Französische Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt 5, 10117 Berlin

Streng meteorologisch gesehen war der Sommer bereits vom Herbst abgelöst worden an diesem 2. September, an dem die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum fünften Mal zu ihrer Zeitgeschichtlichen Sommernacht geladen hatte. Aber das Berliner Wetter zeigte sich von seiner freundlicheren Seite; noch lange nach dem Ende des offiziellen Teils der Veranstaltung standen die Gäste auf dem Gendarmenmarkt und stießen auf das Wohl des Jubilars an. Zehn Jahre Bundesstiftung Aufarbeitung galt es zu feiern.

„Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten“ lautete das Motto des Abends. Wie diese Erinnerung zu gestalten sei, welche Widerstände zu überwinden sind, um ein angemessenes, weder schönfärberisches, noch dämonisierendes Bild der DDR zu vermitteln, waren die Fragen, mit denen sich die Diskutanten auf dem hochkarätig besetzten Podium auseinandersetzten. Es diskutierten die Schriftstellerin Claudia Rusch, der Publizist Henryk M. Broder, der Landesbischof und Vorsitzende der EKD Dr. Wolfgang Huber und der Theologe Prof. Dr. Richard Schröder. Die SWR-Journalistin Anke Hlauschka moderierte das Gespräch. Der Deutschlandfunk übertrug live aus der Französischen Friedrichstadtkirche, Phoenix zeichnete das Gespräch auf.

Als erster ergriff der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung, Rainer Eppelmann, das Wort. Herr Eppelmann begrüßte die 400 Gäste im Kirchenrund und erinnerte an den 2. April 1998, an dem im Bonner Wasserwerk über die Bundestags-Drucksache 13/9870 – „praktisch unsere Gründungsurkunde“ – abgestimmt und die Einrichtung einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beschlossen worden war. Der „Motor der Aufarbeitung“, wie Markus Meckel die Stiftung einmal genannt hat, begann damals Fahrt aufzunehmen. Unzählige Menschen sorgen seitdem dafür, dass er rund läuft. Ihnen dankte Herr Eppelmann an diesem Abend besonders: den freiwilligen Helfern und den fest angestellten Mitarbeitern der Stiftung mit ihrer Geschäftsführerin Dr. Anna Kaminsky, den Partnern in den Museen, Gedenkstätten und Vereinen.

Zehn Jahre nach der Gründung konnte der Vorstandsvorsitzende eine beeindruckende Bilanz vorlegen: 25 Millionen Euro Fördermittel wurden seit 1998 ausgereicht, 220 Ausstellungen, ebenso viele Multimediaprojekte und Dokumentarfilme, 310 Veranstaltungen, 170 Projekte der Opferberatung, 180 Archivierungsprojekte und nicht zuletzt fast 70 Promotionsstipendien hat die Stiftung als „Lobbyistin der Aufarbeitung“ bislang gefördert und damit ihr breit gefächertes bildungspolitisches, wissenschaftliches und soziales Engagement unter Beweis gestellt.

Rainer Eppelmann versäumte nicht, einen Blick in die Zukunft und damit vor allem auf die kommenden Jubiläumsjahre 2009 und 2010 zu werfen, die die Stiftung mit einem Geschichtsforum, einem neuen Zeitzeugenportal und einer

Veranstaltungsdatenbank im Internet, einer Plakatausstellung und zusammen mit den Kultusministerien mit Projektwochen in allen Schulen der Bundesrepublik begleitet wird. Die Bildungsarbeit als „wichtiges Zukunftsfeld“ der Stiftung hob Herr Eppelmann besonders hervor.

Im Anschluss hatte Frau Ministerialdirektorin Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel das Wort, die Kulturstatsminister Bernd Neumann vertrat. Frau Berggreen-Merkel erinnerte in ihrem Grußwort wie schon zuvor Herr Eppelmann an den „überparteilichen antitotalitären Konsens aller Demokraten“, der die Gründung der Stiftung vor zehn Jahre möglich gemacht habe und ihre Arbeit bis heute trage. „In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sich die Stiftung Aufarbeitung zu einer bundesweit anerkannten Sachverwalterin der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur entwickelt. Sie ist mit allen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren der Aufarbeitung, allen Gremien, bestens vernetzt“, sagte Frau Berggreen-Merkel. „Die Geschichte der SED-Diktatur aufzuarbeiten und uns allen den Wert von Freiheit und Demokratie zu vermitteln – diese Aufgabe hat sie großartig geleistet und den Menschen in ihren Herzen und in ihren Köpfen mitgegeben, wie wichtig Freiheit und wie wichtig Demokratie für unser Zusammenleben ist.“ Die Rednerin verwies ebenfalls auf die oftmals nur lückenhaften Kenntnisse junger Menschen über die DDR und hob in diesem Zusammenhang die Bildungs- und Aufklärungsarbeit als wichtige Aufgabenstellungen der Stiftung hervor, die auf diesem Gebiet „eine bedeutsame und wenn nicht gar unsere wichtigste Ansprechpartnerin und Mittlerin“ sei. Die neuesten Erhebungen der FU Berlin bewiesen einmal mehr, wie wichtig diese Aufgabe auch in Zukunft sei. Sie dankte den Mitarbeitern der Stiftung und namentlich Herrn Eppelmann, dem Vorsitzenden des Stiftungsrates, Herrn Markus Meckel, und der Geschäftsführerin der Stiftung, Frau Dr. Anna Kaminsky, für die in den letzten zehn Jahren geleistete Arbeit.

Die Moderatorin eröffnete sodann die Podiumsdiskussion mit einem Hinweis auf den ersten Mauerschützenprozesses, der vor genau 17 Jahren, am 2. September 1991, begann und fragte in die Runde, ob man die juristische Aufarbeitung des DDR-Unrechts als gelungen bezeichnen könne. Richard Schröder widersprach der verbreiteten Legende von der „Siegerjustiz“ und der Behauptung, dass die verantwortlichen Befehlshaber im Gegensatz zu den Befehlsempfängern straffrei ausgegangen wären. Vielmehr sei es folgerichtig gewesen, dass zunächst die unmittelbar Tatverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden wären und erst dann die „Schreibtischtäter“. Die Mauerschützen selbst seien zudem in der Regel mit geringen Strafen davongekommen. Auch dies sei richtig, so Schröder, da es sich bei ihnen meist um sehr junge Menschen gehandelt habe. Die juristische Aufarbeitung des DDR-Unrechts bezeichnete Schröder als überwiegend gelungen.

Dieser Ansicht und Schröders Plädoyer für milde Strafen widersprach Henryk M. Broder in gewohnt pointierter Weise. Seiner Ansicht nach wäre es richtig gewesen, diejenigen, die geschossen haben genauso hart zu bestrafen wie jene, die den Schießbefehl erteilten. Schließlich seien nicht nur die Täter, sondern auch die Opfer oftmals jung gewesen und man könne erwarten, dass das „Organ Gewissen“ auch schon bei den jungen Grenzsoldaten ausgeprägt

gewesen sei. Eine Bestrafung für einen Fehlschuss hätten sie nicht zu gegenwärtigen gehabt.

Die Diskussion um die Frage, ob es einen Schießbefehl gegeben habe nannte Broder eine ebenso „gruslige Debatte“, wie die Frage nach dem Führerbefehl zur Ermordung der Juden.

Einen Trend zur Verharmlosung der DDR beobachteten und beklagten alle Diskutanten. Herr Broder konstatierte, dass die „Relativierung und Verharmlosung“ des Regimes schon kurz nach 1989 eingesetzt habe als Günter Grass die DDR eine „kommode Diktatur“ genannt habe. Aber bereits vor 1989 hätten Teile der bundesdeutschen Linken in der DDR ein kommunistisches „Experiment“ gesehen und ihren diktatorischen Charakter verkannt. Das MfS sei auch von Inoffiziellen Mitarbeitern aus der Bundesrepublik mit Informationen versorgt worden. Anders als mancher Stasi-Zuträger im Osten seien diese West-IMs in keiner Zwangslage gewesen, was ihre Taten besonders verwerflich mache. Aber nicht nur Teile der Linken, sondern die Bundesrepublik insgesamt habe lange Zeit die DDR als starke Wirtschaftsmacht mit einer in weiten Teilen oppositionellen Bevölkerung betrachtet. Stattdessen wisse man heute, dass viele Menschen in der DDR am System partizipiert und von ihrer Einbindung profitiert hätten.

Dem gegenüber betonte Richard Schröder, dass die Menschen in der frühen DDR auf breiter Linie gegen das von der Sowjetunion oktroyierte politische System eingestellt waren, aber die bittere Erfahrung machen mussten, dass dieses nicht abzuschaffen sei. Denn, so Schröder, „eine funktionierende Diktatur lässt sich nicht von unten zerstören.“ Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass sich in der Spätphase der DDR zunehmend auch SED-Mitglieder von der politischen Führung distanziert hätten. Schröder erinnerte an die Unruhe, die das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ 1988 auslöste. Im Herbst 1989 hätten es auch Soldaten gegeben, die sich gegen den Einsatz bei den Leipziger Demonstrationen wehrten. Auch in der DDR habe es Zivilcourage gegeben, sagte der Theologe.

Auch die Schriftstellerin Claudia Rusch, die in ihrem Erzählband „Meine freie deutsche Jugend“ eigene Erlebnisse in und mit der DDR schriftstellerisch verarbeitet hat, wusste von einer „zunehmenden Verherrlichung“ und einem „romantischen Blick“ auf die DDR zu berichten. Sie selbst könne das in Teilen der jüngeren Generation verbreitete harmlose DDR-Bild nicht teilen, denn sie habe – wohl auch durch ihre Herkunft aus einem in oppositionellen Kreisen verkehrenden Elternhaus – stets das „hässliche Gesicht“ des SED-Regimes vor Augen gehabt. Ihr DDR-Bild sei von der Erinnerung an Anpassung, der Zerrissenheit zwischen staatskonformem äußeren Auftreten und innerer Ablehnung bzw. Gleichgültigkeit sowie Versorgungsmängeln geprägt. Gleichwohl konnte man auch in der DDR privates Glück finden. Das System sei dadurch jedoch nicht besser geworden. Der 9. November 1989 war für sie ein Tag der Befreiung. „Als die Mauer fiel, fing für uns das Leben an.“ Allerdings habe sie in diesem Moment keinesfalls an eine Wiedervereinigung gedacht. Zumindest in der zwangsläufigen Verkettung von nationaler Identität, Deutscher Einheit und Faschismus habe die Erziehung der DDR bei ihr Spuren hinterlassen, die nur langsam verblasst seien.

Immer wieder umrissen die Podiumsgäste Gründe für die zunehmende Verharmlosung der SED-Diktatur. Diese Verharmlosung sei auch als Indiz für eine noch nicht gefestigte demokratische Kultur zu sehen, wie Wolfgang Huber ausführte. Denn, so Huber, „Geschichtslosigkeit macht immer unfähig zur Gestaltung der Demokratie.“ In diesem Zusammenhang erinnerte der Landesbischof an das Anwachsen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Die „Entchristlichung“ auf dem Gebiet der fünf östlichen Länder sei neben dem grünen Pfeil und den Kinderkrippen eine der drei Hinterlassenschaften der DDR, die auch nach 1989/90 fortwirkten.

Unzulänglichkeiten in der Erziehung und Bildung in Elternhaus und Schule wurden von den Podiumsgästen unisono als ein Hindernis für die umfassende Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgemacht. Wolfgang Huber verwies auf eine „Sozialisationskontinuität“, die dazu führe, dass Kinder die geschönten Geschichtsbilder ihrer Eltern übernähmen. Die Gründe für diese Beschönigung seien jedoch auch in der Zeit nach 1989 zu suchen. Enttäuschungen über den Verlauf des Einigungsprozess, Arbeitslosigkeit und soziale Härten hätten zu einer rückwirkenden Glorifizierung der DDR mit ihrem wohlfahrtsstaatlichen Anspruch geführt. Auch auf West-Seite gäbe es „viel Grund zur selbstkritischen Reflexion“, so Huber.

Richard Schröder sah auch im verschobenen Maßstab vieler Ostdeutscher einen Grund für deren Unzufriedenheit mit dem Stand der Deutschen Einheit. So hätten die Ostdeutschen sich stets an der Referenzgesellschaft der Bundesrepublik orientiert, dabei aber übersehen, welche ungleich größeren Härten die Menschen in den anderen ehemaligen Ostblockstaaten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zu bewältigen hätten.

Schröder stellte die bedenkenswerte These auf, dass viele DDR-Bürger einer Art Aufklärungsverweigerung unterlägen. Zwar hätten die Menschen in der ehemaligen DDR seit 1989 ihre Kenntnisse um die repressiven und inhumanen Aspekte des SED-Regimes erweitern können, dieser potentielle Wissensgewinn würde jedoch nicht in das persönliche Gedächtnis integriert. Um gerade die Jugendlichen zu erreichen, müssten Bildungsangebote sich stärker als bisher auf jugendgerechte Medien stützen und dabei auch emotional berührende Geschichten aufgreifen, schlug Schröder vor.

Mehrere Redner fühlten sich mit Blick auf die zunehmende Verharmlosung der SED-Diktatur an die unzulängliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus nach 1945 erinnert. Damals wie heute habe es geheißen: „Es war nicht alles schlecht.“ Damals wie heute, so Bischof Huber, hätte es große Defizite in der schulischen Bildung gegeben. Vor allem die Lehrer trügen eine große Verantwortung in der politischen Bildungsarbeit, würden dieser aber oftmals nicht gerecht.

Henryk M. Broder machte weniger die Lehrer als die Eltern verantwortlich für das bei Jugendlichen nicht selten anzutreffende verzerrte Bild der DDR-Wirklichkeit. So wie viele Deutsche den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung erlebt hätten, hätten viele Ostdeutsche das Ende der DDR als Scheitern erlebt. Zugleich wollten sie nicht daran erinnert werden, dass sie sich von mittelmäßigen Persönlichkeiten wie Erich Honecker und Egon Krenz regieren ließen. Broder relativierte die Unkenntnis über die politischen Verhältnisse in der DDR zugleich indem er feststellte, dass der Stand der

politischen Bildung sich ich in Zeiten von „Deutschland sucht den Superstar“ generell und nicht nur in Bezug auf die DDR auf einem sehr niedrigen Niveau befinde. Es werde 40 Jahre dauern, um die mentalen Schäden, die die DDR angerichtet habe, zu beseitigen, so Broders pessimistisches Fazit.

Im Anschluss an die Diskussion griff Markus Meckel in seinem Schlusswort noch einmal das Motto der Stiftung – „Erinnerung als Auftrag“ – auf und wies, wie eingangs schon Frau Berggreen-Merkel, auf die wichtige Rolle der Erinnerungsarbeit als Fundament der bundesdeutschen Demokratie hin. Aufarbeitung sei eine „gesamtdeutsche Aufgabe“, sagte Herr Meckel. Er plädierte dafür, die DDR-Geschichte in die gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte einzuordnen und zugleich innerhalb der Geschichte der sowjetischen Hegemonie in Ostmitteleuropa zu verorten. Es habe eine „europäische Freiheitsgeschichte jenseits des Eisernen Vorhangs“ gegeben, zu der auch der Herbst 1989 zu zählen sei. Noch stärker müsse der Stellenwert von Opposition und Widerstand im Ostblock in der öffentlichen Debatte hervorgehoben werden.

Es sei „angesichts einer weit verbreiteten Ostalgie sowie offener Wissensdefizite von entscheidender Bedeutung, gerade in der jungen Generation ein Verständnis über den Charakter der Diktatur in der DDR zu wecken“, hatte Rainer Eppelmann in seiner Eingangsrede gesagt. Dass der „Motor der Aufarbeitung“ auch in Zukunft noch lange nicht still stehen darf, darin waren sich – bei allen Meinungsverschiedenheiten im Detail – die Gäste dieses Abends einig.

Andreas Stirn